

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Deutschland.

Preußen. Berlin, 8. Nov. In den hiesigen diplomatischen Kreisen wird mit Bestimmtheit hervorgehoben, daß aus Petersburg Andeutungen hierhergelangt seien, welche die Geneigtheit des russischen Cabinets, auf Friedensunterhandlungen auf Grundlage der bekannten vier Forderungen einzugehen, ausdrücken. Wie man hört, hatte der hiesige französische Gesandte, Marquis de Moustier, vor wenigen Tagen eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Hrn. v. Manteuffel, zu welcher Besprechung letzterer den Vertreter Frankreichs eingeladen haben soll. Man vermuthet, daß bei dieser Gelegenheit auch Mittheilung von den aus Petersburg hier eingegangenen Andeutungen gemacht worden ist. Unbegründet ist die Angabe, daß von Seiten der beiden Westmächte eine Aufforderung an Preußen, eine entschiedene Erklärung über seine Haltung in der orientalischen Streitfrage abzugeben, in den letztern Tagen ergangen sei. Es haben nur Auseinandersetzungen zwischen Preußen und England wegen der Behinderungen, die gegen ein preussisches Handelsschiff, das mit Cement für russische Rechnung beladen war, von Seiten der betreffenden englischen Behörden in Anwendung gebracht worden sind, stattgefunden. Die Behauptung, daß die russische Antwort auf die jüngste preussische Note bereits hier eingetroffen sei, ist von der Preussischen Correspondenz bereits als irrig bezeichnet worden. Bis jetzt sind, soviel wir hören, nur Andeutungen über die im petersburger Cabinet vorwaltende Stimmung hierhergelangt. Bezeichnend für die Anschauungen der hiesigen Geldmänner ist, daß dieselben eine größere Belebung der Börse von dem Falle Sevastopol hoffen, indem sie annehmen, daß, sobald die verbündeten Westmächte im Besitze dieses wichtigen Plazes sind, auch die deutschen Mächte ihre bis jetzt beobachtete Neutralität aufgeben und somit der Friede Europas rasch hergestellt werde. Wie hierhergemeldet wird, hätte das wiener Cabinet seine früher gehegte Absicht, im Falle der Nichtverständigung mit Preußen mit gesonderten selbständigen Anträgen innerhalb des Schooses des Deutschen Bundes aufzutreten, nunmehr aufgegeben. Es wird diese Wandlung als ein Erfolg der Vermittelung des bairischen Ministerpräsidenten v. d. Pfordten bezeichnet. Zugleich kann dieselbe aber auch als ein Beweis für die bewirkte größere Annäherung Preußens und Oesterreichs gelten. Hinsichtlich der gegenwärtig in Rom stattfindenden Generalcongregation der katholischen Bischöfe glaubt man hier aus dem Umstande, daß der Bischof von Mainz, Hr. v. Ketteler, vom Papste wiederholt aufgefordert worden ist, dieser Congregation beizuwohnen, schließen zu dürfen, daß auch die freiburger Kirchenangelegenheit einen Gegenstand der Berathung bei dieser Zusammenkunft der Bischöfe bilden werde. In der hiesigen neuen I. Kammer, mit deren Bildung und Zusammensetzung man jetzt hier so eifrig beschäftigt ist, wird weder die evangelische noch die katholische Geistlichkeit eine eigene Vertretung aus ihrer Mitte erhalten. Es hat dies zu vielen Erörterungen und Bemerkungen Anlaß gegeben. In dieser Beziehung scheint man aus dem Auge verloren zu haben, daß vor ungefähr zwei Jahren von Seiten der katholischen Bischöfe ein Uebereinkommen dahin stattgefunden hat, sich von jeder parlamentarischen Wirksamkeit fernzuhalten. Die Gründe für diesen Beschluß hatte der verstorbene Fürstbischof v. Diepenbrock dem König in einem Schreiben dargelegt. Es mag dies zur Folge gehabt haben, daß man höhern Orts auch von der Ertheilung des Rechts der besondern Vertretung in der I. Kammer an die evangelischen Bischöfe Abstand genommen hat. Mit großer Spannung sieht man der Wahl des Vertreters der hiesigen Universität für die I. Kammer entgegen. Ob Professor Stahl die Stimmenmehrheit erlangen werde, wird von Vielen für keine ausgemachte Sache gehalten. In Betreff mehrerer bereits in den Provinzen erfolgter Wahlen will man behaupten, daß sie die Genehmigung des Königs nicht erlangen würden. Diese Vermuthung möchte indessen sehr voreilfertig sein. Die in einem frühern Schreiben bereits angegedeutete Vorlage, welche den Kammern in Betreff der Presse vorgelegt werden dürfte, soll nur dahin gehen, daß inländische Zeitungen auch wegen Mittheilungen aus den Kammern und aus den stenographischen Kammerberichten gerichtlich verfolgt werden können. Die freie Meinungsäußerung, welche den Abgeordneten durch das Gesetz in den Kammern gestattet ist, soll in gewissen Fällen über die Kammern und über die stenographischen Berichte hinaus nicht ausgedehnt bleiben. Dies scheint man durch die besagte Vorlage erzielen zu wollen.

V Berlin, 8. Nov. Mit Spannung sieht man hier in den leitenden Kreisen der Rückantwort des petersburger Cabinets auf die unterm 25. Oct. abgegangene Note entgegen. Obwohl man sich in Betreff der Willfährigkeit des russischen Cabinets hier keinen Illusionen hingibt, glaubt man doch, die Antwortnote werde Momente enthalten, welche zur Beruhigung Oesterreichs dienen könnten und in dieser Richtung zu verwenden seien.

Mit Rücksicht auf diese Annahme dürften vorerst alle anderweitigen Bestrebungen, welche auf eine präcisere Stellung Preußens zu Oesterreich gerichtet sind, ohne wesentlichen Erfolg sein. — Es wird von gutunterrichteter Seite bestätigt, daß die jüngste Notification des englischen Cabinets, welche hierhergelangt ist, die Stellung Preußens zu Oesterreich betrifft und dieselbe keineswegs in sehr freundlicher Weise bespricht. Unter dem Hinweis auf die Aete und Versicherungen, aus welchen eine mit den übrigen Großmächten gleiche Auffassung des Rechtsverhältnisses in der orientalischen Frage seitens Preußens hervorgehe, soll die Note auf die im Aprilvertrage übernommenen Verpflichtungen hindeuten, um darzuthun, daß Preußen denselben jetzt, wo Oesterreich von Rußland bedroht sei, nachzukommen habe. England sei dabei wesentlich interessiert, da, wenn Oesterreich angegriffen werde, die Donaufürstenthümer und dadurch seine Verbündeten dem Vorgehen Rußlands nach dieser Seite ausgesetzt seien. Schließlich wünscht die Note die Entschließungen Preußens in dieser wichtigen Frage kennen zu lernen: ein Verlangen, das hier einige Verlegenheit bereitet haben soll. Eine Antwort auf diese Mittheilung des englischen Cabinets ist noch nicht erfolgt. — Man wollte heute in verschiedenen Kreisen Nachricht von lebhaften Unterhandlungen haben, welche gegenwärtig zwischen England und Oesterreich über den Abschluß eines wichtigen und weitgreifenden Vertrags schweben. Es wurde behauptet, England habe Oesterreich für den Fall, daß es zur Action gegen Rußland schreite, bedeutende Subsidien zugesichert.

Die Neue Preussische Zeitung berichtet unterm 8. Nov. aus Berlin: „Eine entsetzliche Nachricht geht heute durch Berlin. Ein Vater soll gestern Abend seine vier Kinder, das älteste sechs Jahre, das jüngste ein Jahr alt, in der Gegend des Schlesiens Thores ertränkt haben. Von glaubwürdiger Seite wird uns mitgetheilt, daß der Vater selbst gestern Abend in einem Polizeibureau diese schreckliche Aussage gemacht habe. Auch waren die vier Kinder nicht in der Wohnung des Mannes zu finden, und da dieser bei seiner Angabe beharrte, auch die Mutter, welche außer dem Hause mit Waschen beschäftigt war, in Verzweiflung um ihre fehlenden Kinder hinzukam, so wurde der Mann zur Haft gebracht.“

Baden. Adelsheim, 4. Nov. Heute Morgen wurde das Todesurtheil, das am 28. Sept. von dem Schwurgerichtshof in Mannheim gegen Georg Adam Gerig von Rosenberg gefällt ward, nachdem es die allerhöchste Bestätigung erhalten hatte, hier vollstreckt. Derselbe hatte, unter Beihilfe seines 13jährigen Sohnes, in der Nacht vom 28. auf den 29. März d. J. seine kranke Frau erwürgt und erdrosselt. (Karlss. 3.)

Thüringische Staaten. Der Beyer-Zeitung wird aus Thüringen vom 5. Nov. geschrieben: „Die entschiedene, unumwundene Erklärung, welche die zur 12. Curie gehörenden großherzoglichen und herzoglich sächsischen Staatsregierungen als Antwort auf die bekannte österreichische Note abgegeben haben (Nr. 258), hat nicht nur in den engern Kreisen des Thüringer Landes die allgemeinste Zustimmung der Bevölkerung, sondern auch, wie es scheint, in ganz Deutschland Beifall und Anerkennung gefunden. Wir sind hier zu Lande wahrhaftig nicht in komischen Selbsttäuschungen über die Tragweite und die praktische Wichtigkeit jener Erklärung befangen; die staatliche Bedeutsamkeit der Sachsen-Ernestischen Lande ist viel zu gering, als daß man von denselben ein entscheidendes Eingreifen in die großen Geschicke eines europäischen Niesenkampfes erwarten dürfte. Immerhin aber hat jene Erklärung, vom engern deutschen Standpunkte aufgefaßt, Interesse und Bedeutung. Die Sachsen-Ernestischen Regierungen waren bisher als die aufrichtigsten, man könnte sagen als unbedingte Anhänger Preußens in allen allgemein deutschen Fragen bekannt und, da Preußen in den meisten Fällen der Vertreter einer freien Richtung Oesterreich gegenüber war, von allen patriotischen Deutschen deshalb geachtet und gewissermaßen populär geworden. Daß auch sie sich endlich ganz entschieden für Oesterreich erklären zu müssen glaubten, ist ein sehr beachtenswerthes Zeichen der Zeit und zugleich ein unumstößlicher Beweis, wie schlecht oder wie betrügerisch die Kreuzzeitung rechnete, als sie in Aussicht stellte, daß wenn Oesterreich allein und ohne Preußen seine europäische Politik verfolgen wolle, Preußen von selbst an die Spitze der gesammten deutschen Bundesstaaten gestellt werden würde. Wie ist statt dessen das gerade Gegentheil erfolgt! Nicht nur die Sympathien des Volks, sondern auch die wohlwolligen Entschlüsse der Regierungen neigen zu Oesterreich (denn, was man auch sagen möge, auch die Bamberger werden und müssen zuletzt mit Oesterreich gehen), und die keineswegs beneidenswerthe Vereinsamung, welche man schadenfroh dem Cabinet von Wien in Aussicht gestellt hatte, sie ist Anderer Loos geworden. Man würde übrigens irren, wollte man den thüringischen Regierungen hinsichtlich ihrer offenen und entschiedenen Hinnegung zu Oesterreich andere als echte deutsche Motive unterlegen. Was Oesterreich jetzt von